



Anmerkungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes zu der Anhörung der Deutschen Bundesbank am 13.11.2020

06.11.2020

Sehr geehrte Damen und Herren,

gerne nutzen wir die Gelegenheit für einige allgemeinere schriftliche Anmerkungen anlässlich der Anhörung am 13. November 2020.

Wir verweisen zudem auf die schriftliche Stellungnahme des Europäischen Gewerkschaftsbundes (ETUC) an die Europäische Zentralbank, in der ebenfalls ausführlich auf die von der Bundesbank vorgelegten Einzelfragen eingegangen wird.

--

1.) Der DGB ist der Bund von acht Mitgliedsgewerkschaften mit insgesamt rund sechs Millionen Mitgliedern. Er vertritt damit die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland. Vor diesem Hintergrund besteht ein Interesse an einer stabilen und berechenbaren Entwicklung des Preisniveaus. Zum einen, um die Kaufkraft der Bevölkerung nicht zu gefährden, zum anderen aber auch, um Deflation zu vermeiden und ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum mit sicheren und guten Arbeitsplätzen aufrecht zu erhalten.

In der Vergangenheit hat der DGB deshalb regelmäßig eine restriktive Geldpolitik der EZB und auch die lange Zeit einseitige Fixierung auf das Ziel der Geldwertstabilität kritisiert. Auch derzeit ist es nicht eine zu hohe Inflation, die ein Problem für die Eurozone und die Beschäftigten in Deutschland darstellt. Deutlich akutere Probleme sind aus unserer Sicht mögliche deflationäre Tendenzen und eine zu passive Fiskalpolitik.

In dieser Situation hat die EZB bislang aus Sicht des DGB grundsätzlich vorausschauend agiert und eine Politik verfolgt, die auch über das Verständnis der Sicherung von Preisstabilität hinausgeht. So hat der DGB die expansive Geldpolitik und die Anleihekäufe, die die EZB nach der Finanzkrise und auch jetzt seit dem Ausbruch der COVID 19 Krise getätigt hat begrüßt. Auch zum notwendigen Zusammenhalt der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion hat diese Politik maßgeblich beigetragen.

2.) Eine der größten Sorgen, die unsere Mitglieder derzeit umtreibt, ist die Frage, wie rasch und nachhaltig sich die Wirtschaft nach der Corona-Pandemie erholen wird. Die Hoffnung ist, dass die richtigen Lehren aus der Finanzkrise 2008/09 gezogen wurden. Das europäische Krisenmanagement

Deutscher Gewerkschaftsbund

Abteilung Wirtschafts-, Finanz- und
Steuerpolitik

Florian Moritz
Abteilungsleiter

florian.moritz@dgb.de

Telefon: +49 30 24060 0
Telefax: +49 30 24060 218

Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin



nach 2009 war aus gewerkschaftlicher Perspektive größtenteils fatal und sollte sich nicht wiederholen. Nach einer kurzen Phase der fiskalpolitischen Expansion, in der die Mitgliedstaaten ihre Volkswirtschaften mit Konjunkturprogrammen gestützt haben, wurde damals zu schnell der Fokus auf Haushaltskonsolidierung gesetzt.

Aus unserer Sicht kommt der Fiskalpolitik auch heute eine entscheidende Bedeutung zu. Deshalb sollten in Deutschland beispielsweise die Ausnahmeklausel bei der Schuldenbremse so lange wie möglich genutzt und die Tilgungszeiträume für die pandemiebedingt aufgenommenen Schulden möglichst lange gestreckt werden. Zudem müssen die deutschen und europäischen Schuldenregeln insgesamt wachstums- und investitionsfreundlicher ausgestaltet werden. Um die Wirtschaft nachhaltig zukunftsfest zu machen und die stattfindenden Prozesse von Transformation und Strukturwandel erfolgreich zu gestalten, braucht es unter anderem ein langfristig angelegtes, öffentliches Investitionsprogramm.

Ein weiterer Punkt, der aus Sicht des DGB und seiner Mitglieder notwendig ist, ist die weitere Stärkung einer angemessenen Lohnentwicklung. Das kann einen Beitrag zum notwendigen Wachstum der Binnennachfrage leisten und damit auch die Fiskal- und die Geldpolitik entlasten. Ein geeignetes Mittel ist die Stärkung der in den vergangenen Jahren zurückgegangenen Tarifbindung. Der DGB fordert beispielsweise, öffentliche Aufträge nur noch an Unternehmen zu vergeben, die Tarifverträge beachten und die Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen für alle Unternehmen einer Branche weiter zu vereinfachen.

--

Der DGB hält einen regelmäßigen Austausch mit der Bundesbank für sehr zielführend. Verschiedene Ansätze dafür bestehen bereits (etwa der Makroökonomische Dialog und andere Prozesse) und sollten ausgebaut werden.